

AUFGESPÜRT

Amputation am offenen Stamm

Wenn der Weihnachtsbaum Mariä Lichtmess überlebt



Von Franz Vollmer

Die Frage ist berechtigt und sie hat schon leicht grünemeyersche Dimensionen: Wann ist ein Baum noch ein Baum? Wann die Tanne noch Tanne? Das scheint sich auch der grausam gestutzte Geselle im eigenen Wohnzimmer zu fragen.

Sämtliche öffentlichen Weihnachtsbaumsammelaktionen ignoriert, die frühkindliche Entwurzelung dank täglicher Wasserrationen leicht überlebt, steht er, längst verlustig vieler Nadeln, da mit schütterem Haupte, einsam auf weiter Wohnzimmerflur. Wie weiland Klaus „Tanne“ Fichtel in der Schalker Abwehr (oder eher dünn wie „Tanne“ Tarnat?). Und weil sein Besitzer aus entsorgungspraktikablen Gründen schon mal die Äste abgeschnitten hat (das mache weniger Sauerei, wie er meint) stellt sich seinem entwurzelten, entnadelt und nunmehr auch entasteten Ich die Frage: Womit hab' ich das verdient, diese Amputation am offenen Stamme? Ein trauriges Bild, zugegeben, andererseits, hey, Anfang Februar, da sollte auch langsam mal gut sein mit Klingelgeling-Gedöns. Solch biblische Tannentreue verlangt nicht mal der gläubige Hardliner, wo selbst Mariä Lichtmess, die Schallmauer der Tannentoleranz, überschritten ist.

Wobei Vorsicht Vorurteil: Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2018 schmelzen immerhin 32 Prozent der Deutschen, mithin ein Drittel, ihren Christbaum erst nach Dreikönig raus (statistische Werte nach 2. Februar gibt's leider keine). Allerdings auch zehn Prozent noch an den Feiertagen oder gar vor (!) Heiligabend. Von daher: Wen stört's, wenn man dem baumlangen Kerl noch ein paar Tage gönnt in seiner dünnen Nacktheit, so ganz „aufs Wesentliche reduziert“. Frei nach dem Motto: Kann das weg oder ist das schon Kunst? Die Übergänge sind hier fließend. Wobei (um die Identitätskrise vollends auf die Spitze zu treiben) Freund Tanne gar nicht mal eine Tanne ist, sondern eine Fichte.

Krichbaum will Materiallager-Infos

PK – Der CDU-Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum fordert vom neuen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) einen Sachstand zum Materiallager Huchenfeld. Wie Krichbaum mitteilte, wurde er im Februar 2021 vom Bundesministerium der Verteidigung darüber informiert, dass das 2018 aufgelöste Materiallager der Bundeswehr in Pforzheim-Huchenfeld ab April 2023 wieder in Betrieb genommen werden soll.

Dies nahm Krichbaum zum Anlass, am 18. Mai 2021 einen digitalen Austausch zwischen der Stadt Pforzheim und den regionalen Landtags- und Bundestagsabgeordneten sowie dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Silberhorn (CSU) zu organisieren. „Für Pforzheim ist die Rückkehr der Bundeswehr eine gute Nachricht, weil damit rund 70 neue Dienstposten geschaffen werden. Aber mir war immer wichtig, dass die Inbetriebnahme so transparent wie irgendwie möglich vollzogen wird“, so Krichbaum.

Seitdem habe er zu diesem Thema vom Bundesverteidigungsministerium nichts mehr gehört. „Das angekündigte Datum für die Inbetriebnahme steht kurz vor der Tür. Doch die Öffentlichkeit und auch ich als Bundestagsabgeordneter für unsere Region haben aus dem Verteidigungsministerium keinerlei Informationen mehr erhalten. Das ist das Gegenteil von Transparenz und Bürgernähe“, so Krichbaum. „Das Online-Gespräch im Mai 2021 zeigte, dass es in der Bürgerschaft teilweise Befürchtungen zur Art des einzulagernden Materials und zur Einhaltung der notwendigen Sicherheitsstandards gab. Hier konnte die Bundeswehr viele Fragen beantworten. So wurde klar, dass keine Munition eingelagert werden soll.“ Seither seien jedoch fast zwei Jahre vergangen. „Deshalb möchte ich vom neuen Minister wissen, ob die Wiederinbetriebnahme noch so verfolgt wird, wie damals angekündigt. Jede Geheimniskrämerei erzeugt nur Misstrauen, deshalb erwarte ich jetzt eine rasche Antwort und volle Offenheit.“



Untersuchung: Geht es der Mutter gut, ist das eine der Voraussetzungen dafür, dass auch das Ungeborene gesund ist. Stress in der Schwangerschaft kann das Gegenteil bewirken. Mit derlei Auswirkungen befasst sich die Pforzheim-Studie. Fotos: Caroline Seidel/dpa, Rupert Linder

Den Stress der Vorgeneration im Blick

Stiftung soll Pforzheim-Studie fördern / Frauenarzt sammelt Daten von Schwangeren

Von Claudia Kraus

Auch wenn manche Zahlen aus dem Gesundheitsatlas Baden-Württemberg schwierig zu interpretieren sind: Einige eindeutige Trends kann Brigitte Joggerst, Leiterin des für Pforzheim und Enzkreis zuständigen Gesundheitsamts, den rund 40 Interessierten im Sparkassenturm darlegen: Frauen und Männer in Pforzheim sind anfälliger für Krankheiten, sie haben seit Jahren eine geringere Lebenserwartung als der landesweite Schnitt. Und seit 2014 sind Pforzheim und Enzkreis führend bei der Sterblichkeit von Säuglingen, erklärt sie, allerdings handle es sich hier um kleine Fallzahlen.

„Eine sehr bittere Pille“, kommentiert Rupert Linder besonders die letztgenannten Zahlen. Für den Birkenfelder Frauenarzt und Facharzt für Psychosomatik und Psychotherapie liefern sie Belege für die Wichtigkeit der Pforzheim-Studie, an der er seit Jahren arbeitet. Sie soll nun durch die neu gegründete Dr. Rupert Linder-Stiftung gefördert werden mit dem Ziel, Krankheiten vorzubeugen.

Die Studie untersucht, inwieweit Vorgenerationen Krankheitsrisiken beeinflussen. Die Erkenntnisse sollen helfen, Menschen widerstandsfähiger zu machen. Laut Linder ist es die erste systematische Studie dieser Art. Der Stress, dem Schwangere ausgesetzt sind, beeinflusse bereits im Mutterleib die Gesundheit des Kindes, erläutert Gerlinde Metz von der University of Lethbridge in Kanada, die mit Linder bei dem komplexen Thema

zusammenarbeitet. „Alles, was wir in früher Kindheit erleben, spielt eine Rolle bis ins hohe Alter.“ Doch die Pforzheim-Studie geht noch weiter zurück: „Wir sehen uns die Vorgenerationen an.“

Beginnend ab der Schwangerschaft sammeln Linder, Metz und ihr Team Daten, momentan noch ausschließlich aus Linders Praxis. Weitere Kollegen sollen hinzukommen. Die Frauen oder Paare, die zu ihm kommen, werden auf freiwilliger Basis und anonym befragt zum Befinden, zu belastenden Erlebnissen und wie sie damit umgehen. Möglichst wird auch erfasst, was Mütter und Großmütter erlebt haben. Und sie geben Proben ab: Urin, Blut oder von der Plazenta. Die Proben werden in einem großen Kühlschrank im Siloah St. Trudpert-Klinikum gelagert.

Aus ihnen ließen sich besondere Risiken für bestimmte Krankheiten erkennen, erklärt Metz, was sie durch eigene Forschungen bestätigt sieht. Der Stress der Mutter erzeuge einen persönlichen biologischen Fußabdruck. Manche dieser epigenetischen Faktoren würden weitergegeben, andere nicht. „Vielleicht können wir unsere Widerstandsfähigkeit erhöhen“, beschreibt Metz die Ziele der Studie, „indem wir die Faktoren ins Positive umwandeln, weil sie nicht in den Genen selbst liegen“. Indem man persönliche Risiken erfasst, könne man Krankheiten vorbeugen und zu einer personalisierten Medizin gelangen.

Für Linder ist Pforzheim prädestiniert für die Studie – wegen des hohen Bevöl-

kerungsverlusts und des Grads seiner Zerstörung durch den Bombenangriff am 23. Februar 1945. Er und seine Mitstreiter sind überzeugt: Die traumatischen Erlebnisse haben greifbare Spuren hinterlassen.

Die Gesundheitsamtschefin Joggerst spricht gleichfalls von „Pforzheimer Besonderheiten“. Sie nennt beispielhaft den starken Migrationsanteil in der Bevölkerung, eine hohe Arbeitslosenquote und eine überdurchschnittlich ausgeprägte Kinderarmut. Im Schuldenatlas sei Pforzheim Spitzenreiter in Baden-Würt-



Proben für die Studie: Im Siloah St. Trudpert-Klinikum kühlen Rupert Linder und Gerlinde Metz (Mitte) Proben von Schwangeren.

temberg. „Soziale Belastungen wirken sich negativ auf die Gesundheit aus.“ Pforzheimerinnen und Pforzheimer hätten konstant höhere Ruhe-Herzfrequenzen, als im bundesweiten Schnitt, stellt die Medizinerin anhand von Zahlen aus dem Gesundheitsatlas fest. Menschen mit erhöhtem Ruhepuls seien anfälliger für Krankheiten wie Diabetes und Bluthochdruck. Und bei Schlaganfällen und Herzinfarkten sei Pforzheim klar führend. Bei den Hinweisen auf eine gestiegene Säuglingssterblichkeit rät sie zu Wachsamkeit. „Gibt es eine Versorgungsnot am Lebensbeginn?“, fragt Joggerst und verweist auf den Mangel an Hebammen und einen ganz massiven an Kinderärzten.

„Bei Vorträgen 2018 hatten wir in Pforzheim geburtshilflich gute Zahlen, trotz der schwierigen Sozialparameter“, erinnert sich Linder. Die Schwierigkeiten der Versorgung Schwangerer bei der Geburt und der Kinder danach nehmen er und Kollegen ebenfalls in den Blick.

Für Linder ist Pforzheim auch deshalb der ideale Ort, weil er hier auf ein gut etabliertes Netzwerk zurückgreifen kann. Er setzt zunächst vier Jahre für die Studie an und hofft auf Daten von bis zu 300 Schwangeren. Mit der Auswertung wolle man so bald wie möglich beginnen. Nach der Geburt werde die Gesundheit von Kindern und ihren Familien weiter begleitet. „Wenn wir besser verstehen lernen, was Stress macht, können wir Risiken für Krankheiten entgegenwirken und ein Gleichgewicht erreichen für bessere Resilienz“, erklärt Metz.

Zustimmung zu Unterbringung in kleineren Einheiten

Karlsruher Bürgermeister berichtet über Erfahrungen der Stadt mit Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge

Von Stefan Friedrich

Eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Pforzheim, es ist aus Sicht des Kreisvorsitzenden der CDA Enzkreis/Pforzheim, Frank Johannes Lemke, „ein Thema, mit dem man keinen Blumentopf gewinnen kann“. Die Bevölkerung ist zwiespalten. Auch wenn viele die Not der Flüchtlinge sehen, so ist Pforzheim doch die Stadt mit der höchsten Migrations- und Arbeitslosenquote in Baden-Württemberg und es gibt Zweifel, ob diese Stadt in der Lage ist, eine solche Erstaufnahmestelle zu stemmen. „Dennoch hat es unser Oberbürgermeister in die Hand genommen, das Thema anzusprechen, weil es bedeutsam ist für die Stadt“, so Lemke.

Die CDA Enzkreis/Pforzheim, der Ortsverband der CDU im Arlinger und der Arbeitskreis „Innere Sicherheit“ der CDU wollen sich der Thematik stellen. Am Mittwochabend bot sich im Erich-Bähler-Haus die Gelegenheit, sich bei einer Gesprächsrunde unter anderem mit dem Karlsruher Bürgermeister Martin Lenz (SPD) und dem dortigen Ukraine-Koordinator, Faris Abbas, aus erster Hand zu informieren. Karlsruhe betreibt seit vielen Jahren solche Einrichtungen und hat damit durchaus positive Erfahrungen gemacht. Ratschläge, wie die Pforzheimer handeln sollen, wolle er aber bewusst nicht geben, räumte Lenz ein. „Sie vor Ort wissen am besten, was für ihre Stadt und für ihre Bürger gut ist.“ Stattdessen schilderte er die Situation in Karlsruhe, als 2015 im ganzen Land Aufnahmestellen für die syrischen Flüchtlinge benötigt worden sind. „Das Regierungspräsidium

Karlsruhe hat uns nicht informiert, dass auch in Karlsruhe Liegenschaften gesucht werden.“ Die Gespräche mit der Behörde seien zunächst „sehr konflikthaft“ gewesen, „weil wir sie gerne dezentral in kleineren Einheiten untergebracht hätten“, während das Regierungspräsidium über eine Erstaufnahmestelle nachgedacht hat, in der 5.000 Menschen unterkommen können.

„Jetzt bist du als Kommune, egal ob Pforzheim, wir oder Stuttgart, davon abhängig, was die staatlichen Ebenen so mit einem machen wollen.“ Da habe es

sich bewährt, den direkten Draht zu suchen und in Gesprächen die beste Lösung für alle Beteiligten zu finden. In Karlsruhe waren es am Ende zehn Einrichtungen, von denen heute noch zwei existieren, eine davon mit einer Kapazität für bis zu 1.000 Menschen. Transparenz durch Öffentlichkeitsarbeit sei damals eine wichtige Sache gewesen, betonte Lenz. In der Bürgerschaft wurden die Aufnahmestellen akzeptiert. „Wir hatten keinen einzigen fremdenfeindlichen Übergriff“, erzählte Lenz. Stattdessen hätten sich „unglaublich viele privat en-

gagierter Menschen um jeden einzelnen Standort rum gefunden, die das soziale Miteinander organisiert haben“. Es habe einen Anstieg bei der Kleinkriminalität gegeben, bei Ladendiebstählen etwa. „Wichtig war dann, einen Sicherheitsrat im Rathaus als Instrument zu haben“, der 14-tägig zusammenkam und aus Vertretern unter anderem des Regierungspräsidiums und der Polizei bestand. „Dadurch haben wir die Lage gut in den Griff bekommen“, so Lenz.

Auch der stellvertretende Geschäftsführer der Diakonie Pforzheim, Thomas Lutz, empfand dezentrale Unterbringungen als die bessere Variante gegenüber einer einzigen Erstaufnahmestelle mit hohen Flüchtlingszahlen, vor allem mit Blick auf Privatsphäre und Integration. „Große Unterkünfte bergen große Gefahren“, mahnte Lutz. Das habe nicht zuletzt die Pandemie offengelegt. „Wer mit vielen Menschen untergebracht ist, kann oftmals nicht die einfachsten Hygieneregeln einhalten, kann keinen Abstand wahren und ist damit einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt“, gab er zu bedenken. Um zudem bessere Akzeptanz bei der Bevölkerung zu erreichen, forderte der Sprecher des Arbeitskreises Innere Sicherheit beim hiesigen CDU-Kreisverband, Marius Miztl, in Sachen Abschiebungen nachzubessern. „Zu einer gelungenen Zuwanderungspolitik gehört auch, dass wir nicht nur die Einwanderung ermöglichen und sie koordinieren, sondern dass wir Menschen auch wieder in ihre Heimatländer bringen, wenn festgestellt wurde, dass sie nicht bei uns bleiben können.“



Gesprächsrunde: Karlsruhes Bürgermeister Martin Lenz (Mitte) schildert unter anderem Frank Johannes Lemke (links) und Peter Olszewski seine Eindrücke. Foto: Stefan Friedrich